

## **Monatsbericht Juni 2002**

- 1 – Einleitung**
- 2 – Gewalt gegen Frauen**
- 3 – Minderheitenrückkehr – Teil 2**

### **1 – Einleitung**

Die Diskussion über die geplante Rückführung der Minderheiten überschattet in letzter Zeit alle anderen Themen. Doch sollte nicht vergessen werden, dass es auch noch viele Albaner in Deutschland gibt, die zurück in den Kosovo müssen. Ich benutze das Wort ‚müssen‘, da, wie Sie alle wissen, von ‚wollen‘ schon lange keine Rede mehr sein kann.

Vor kurzem kündigte die UN-Verwaltung an, dass in nächster Zeit 500 Stellen für lokale Mitarbeiter gestrichen werden sollen<sup>1</sup> – eine Aussage, die Panik und Resignation bei hunderten von Familien auslöst.

Mitte Juni statteten wir dem immer noch bestehenden Kollektivzentrum in Pristina einen Besuch ab. Zu unserem Erstaunen wohnen dort noch immer 14 Familien (ungefähr 70 Personen), unter den unmöglichsten Umständen. Ab Juli soll das völlig verfallene Gebäude in ein Ministerium umgewandelt werden.

Zuerst unterhielten wir uns mit den Bewohnern. Sie stammen aus allen Teilen des Kosovo und aus Südserbien. Alle wirkten sehr ungepflegt – die sanitären Anlagen sind menschenunwürdig. Seit Januar gibt es keine Lebensmittelunterstützung mehr und keiner der Männer hätte Arbeit, behaupteten sie. Weiterhin erzählten sie mir, dass sie keine andere Unterkunft besitzen würden. Nach einigen Minuten gesellten sich Angestellte der Stadt zu uns, die sich um die Verwaltung des Zentrums kümmern. Sie baten uns in ein Büro. Dort erfuhren wir eine ganz andere Geschichte.

---

<sup>1</sup> *Koha Ditore*, 26.6.02

Eigentlich seien diese Menschen illegal dort, denn das Zentrum gibt es offiziell nicht mehr. Bis auf 4 Familien *besitzen alle ein Haus auf dem Land!* Die meisten Männer haben temporäre Arbeitsplätze auf Baustellen. Warum bleiben Menschen in einer solch entsetzlichen Behausung, wenn sie eigene Häuser besitzen ? Die Antwort spiegelt die generelle wirtschaftliche Situation des Kosovo wider: auf dem Land gibt es *überhaupt keine Arbeit*. Es ist schlimm, dass Menschen solche unmenschlichen Bedingungen akzeptieren müssen, um zu überleben.

In Prizren unterhielt ich mich mit den kosovarischen Mitarbeitern des DCV. Orhan, ein junger Familienvater, besitzt mit seinem Onkel zusammen eine Autowerkstatt. Meine Aussage, dass wenigstens er sich keine Sorgen zu machen brauche, verneinte er: Das Geschäft laufe überhaupt nicht mehr. Viele Männer im Kosovo haben ihr ganzes Geld in den schnellen – und teuren – Konsum gesteckt, wie in den meisten Nachkriegsländern (siehe Libanon). Die vielen Mercedes, Audi und BMWs hier erwecken den Eindruck von Reichtum. Doch mittlerweile geht das Geld für die Unterhaltung eines solchen Luxusartikels aus. Und damit werden so langsam aber sicher die vielen Tankstellen, Autowäschereien und Autowerkstätten schließen müssen.

Ich fragte einen Geschäftsmann, warum hier jeder eine Tankstelle oder Schwimmbad aufmache und niemand in die Produktion investiere. Die Antwort klang verbittert: weil man für Dienstleistung keinen Marktschutz braucht. Noch immer überschwemmen die billigen landwirtschaftlichen Produkte aus Mazedonien die Märkte. Die kleinen Höfe im Kosovo können da nicht mithalten.

Insgesamt herrscht eine zunehmend verzweifelte, ängstliche Atmosphäre, vor allem bei den jungen Leuten, die jetzt ihren Job verlieren und wohl kaum einen neuen finden werden.

In den letzten Wochen wurden einige ehemalige UCK-Mitglieder, die jetzt der TMK angehören (eine Art THW, in den Augen der Kosovaren aber ihre nächste Armee), festgenommen, darunter auch der Bruder des angesehenen Politikers Ramush Haradinaj, der finanziell stark von den USA unterstützt wird. Sie werden beschuldigt, 1999 Verbrechen gegen ihr eigenes Volk begangen zu haben.

Die Proteste gegen diese Festnahmen nehmen kein Ende. Der Anführer der Proteste sieht die Festnahmen als Erniedrigung der kosovarischen ‚Freiheitskämpfer‘ und der gesamten Bevölkerung. Die Tatsache, dass Herr Haradinaj sich freiwillig gestellt

hatte, wird gerne übersehen. Weiterhin behauptet der Anführer, dass „sie“, womit er wohl die UN-Verwaltung meint, immer noch versuchen, den Kosovo „unter dem serbischen Schirm zu halten“<sup>2</sup>.

Zudem tragen die kommenden Kommunalwahlen (vorgesehen für den 26. Oktober 2002) wieder zur verschärften Propaganda gegen die serbische Bevölkerung bei.

Die Spannungen zwischen den serbischen Politikern im Norden des Ibar-Flusses und UNMIK spitzen sich weiter zu. Marko Jaksic, der Leiter der Mitrovica-Serben, bestätigt noch einmal, dass die Serben nicht an der geplanten Vereinigung Mitrovicas teilhaben werden, solange UNMIK dort nicht eine serbische, unabhängige Verwaltung genehmigt. Ein UNMIK-Angestellter, der nicht genannt werden möchte, erklärte, dass die Serben ihre eigene Verwaltung - auch ohne die Genehmigung von UNMIK<sup>3</sup> - einrichten würden.

Wie groß die Abneigung der Serben im nördlichen Teil des Kosovo gegen UNMIK ist, zeigt folgendes Ereignis:

Vor etwa zwei Wochen, an einem heißen Sonntag, fuhren UN-Mitarbeiter mit einem Geländewagen, der UN-Kennzeichen hatte, an den großen See im Westen von Mitrovica. Dies ist ein rein serbisches Gebiet. An einer Stelle des Staudamms muss man sehr langsam fahren. Dort hielten sich Gruppen von jungen Serben auf. Sie hämmerten so lange auf das Auto ein, bis fast die Windschutzscheibe brach und schrien die Insassen an.

Was auch immer für Mitrovica geplant ist, eine Lösung sollte schnell gefunden werden, denn der Vulkan steht kurz vor dem Ausbruch.

## **2 – Gewalt gegen Frauen**

Gewalt gegen Frauen, vor allem häusliche Gewalt, gibt es auf der ganzen Welt. Der Unterschied besteht jedoch darin, wie das jeweilige System, falls es eines gibt, damit umgeht.

Das jugoslawische Gesetz, das hier für diese Fälle immer noch gültig ist, besagt, dass eine Frau häusliche Gewalt nur dann anzeigen kann, wenn es einen unabhän-

---

<sup>2</sup> alle kosovarischen Tageszeitungen, 25.6.02

<sup>3</sup> *Koha Ditore*, 26.6.02

gigen Zeugen gibt<sup>4</sup>. Haben Sie schon mal einen Mann gesehen, der erst den Nachbarn ruft, bevor er seine Frau schlägt? Häusliche Gewalt findet zu 99 % hinter verschlossenen Türen statt.

Außer dem fehlenden Gesetz spricht das soziale Gefüge im Kosovo gegen ein Eingreifen bei häuslicher Gewalt. Eine Frau *gehört de facto* (nicht *de jure*) ihrem Mann, und kein Außenstehender würde sich je in eine Familiengeschichte einmischen.

Kosovarische Richter behaupten sogar, dass alles, was in einem Eigenheim passiert, KEIN Verbrechen ist<sup>5</sup>!

UNMIK/OSZE arbeiten seit einem Jahr an einer Gesetzesänderung. Es gibt zwar ein Entwurf, doch wann dies anerkannt werden wird, weiß niemand.

Eric Trekheld, ein Amerikaner und Koordinator für die Polizeiteams gegen häusliche Gewalt im Kosovo<sup>6</sup>, gibt sich frustriert. Die 5 Regionen im Kosovo arbeiten alle unabhängig voneinander. An Koordination und Zusammenarbeit ist außerdem nicht zu denken, weil die internationalen Polizisten nicht nur unterschiedliche Mentalitäten und somit Arbeitsweisen haben, sondern weil es schlicht Kommunikationsprobleme gibt. Viele der int. Polizisten sprechen kaum Englisch. Selbst eine finnische Kollegin, die eine der Regionen leitet und deren europäische Mentalität derjenigen der anglophonen Kollegen doch einigermaßen nahe erscheint, kennt das Konzept der Teamarbeit nicht.

Herr Trekheld hat sich nun auf das Trainieren der lokalen Polizei spezialisiert. Die achtwöchige Ausbildung durch die OSZE enthält eine Stunde Lesung über häusliche Gewalt.

Nur in der Region Peja arbeitet ein Team von Polizisten engagiert für die Rechte der Frauen. Jim Cooper, ein Polizist aus Florida, der langjährige Erfahrung mit der Bekämpfung von häuslicher Gewalt hat, erzählt folgenden Fall:

Luljeta<sup>7</sup>, eine 35-jährige Frau aus Peja, wurde jahrelang von ihrem Mann mit einem Kabel geschlagen. In den letzten Jahren brachte er andere Frauen mit nach Hause. Luljeta versuchte zweimal, wegzulaufen, doch er fand sie immer wieder. Bis sie sich endlich Jim Cooper anvertraute. Der brachte sie in das einzige Frauenhaus im Kosovo. Von dort aus ging sie mit ihrer Schwester zum Sozialamt, um die Scheidung zu erbitten. Zufällig befand sich zum gleichen Zeitpunkt ihr Mann dort. Vor den Augen

---

<sup>4</sup> Interview mit der Juristin Ariana Qosaj-Mustafa, OSZE, 28.6.02

<sup>5</sup> Eric Trekheld, 1.7.02

<sup>6</sup> Interview in Pristina am 1.7.02

<sup>7</sup> Name aus Sicherheitsgründen geändert

des Direktors des Sozialamtes, der mit verschränkten Armen zusah, schlug er seine Frau nieder. Ihre Schwester, die eine Digitalkamera dabei hatte, filmte unbemerkt.

Vor Gericht behauptete der Direktor, nichts gesehen zu haben, bis der gefilmte Beweis erbracht wurde. Seither lebt Luljana in dem Frauenhaus in Gjakova.

Dieses normale Familienhaus<sup>8</sup> hat 4 Zimmer, in dem gegenwärtig ungefähr 20 Frauen und Kinder leben. Eigentlich können die Frauen dort nur bis zu 6 Monaten leben, doch weil viele nicht wissen, wohin, behält die Verwalterin manche bis zu 2 Jahren dort. Die Enge führt natürlich zu Spannungen.

Seit der Ehemann Luljanas gefunden wurde, ist er im Gefängnis. Es hat sich herausgestellt, dass er in Deutschland schon wegen diverser Vergehen verurteilt und abgeschoben wurde, hier aber nichtsdestotrotz Polizist werden konnte.

Bis hierher hört es sich so an, als ob gerecht durchgegriffen worden sei. Doch das Ende der Geschichte ist weniger rosig: Luljana musste aufgrund von Spannungen das Frauenhaus verlassen. Ihre eigene Mutter nimmt sie selbst zwar zurück, nicht jedoch ihre beiden Kinder, die in alter Tradition zum Vater gehören. Wie Ariana Qosaj-Mustafa berichtet, sind oft die eigenen Mütter oder die Schwiegermütter diejenigen, die den Ehemann zur Gewalt an seiner Frau antreiben (nach dem Motto: Ich habe es durchgemacht, warum sollte es meiner Tochter besser gehen?).

Bald wird ihr Mann aus dem Gefängnis entlassen werden. Die Höchststrafe für solche Vergehen beträgt 50 Tage. Es gibt keine psychologischen Gutachter, die eventuell gegen die Entlassung eines gewalttätigen Mannes sprechen könnten.

Jim Cooper weiß, dass er keine wirklichen, effektiven „Werkzeuge“ in der Hand hat. Am Anfang seiner Tätigkeit in Peja fassten viele Frauen Mut und zeigten ihre Ehemänner an. Doch nachdem klar wurde, dass er ihnen nicht wirklich helfen kann, nahm die Zahl der Antragsteller erheblich ab.

Luljana und allen anderen Frauen, die zur Polizei gegangen sind, stehen jetzt wahrscheinlich härtere Zeiten bevor als je zuvor. Die Polizei kann sie nicht schützen, das Frauenhaus ist zu klein, der Kosovo ist zu klein und zu vernetzt, um sich zu verstecken. In den Augen ihrer Familien sind SIE die Schuldigen, da sie Außenstehende einbezogen und die Autorität ihrer Ehemänner untergraben haben. Oft werden sie von ihren Familien verstoßen, und sei es, wie in Luljanas Fall, weil die Familie selbst große Angst vor der Familie des Ehemannes hat. Größere Gewalttätigkeiten stehen ihnen bevor, ihre Kinder werden ihnen unweigerlich weggenommen.

---

<sup>8</sup> Besuch im Mai 2002

Bevor das neue Gesetz herauskommt und diesen Frauen ein Minimum an Schutz bieten kann, werden sich misshandelte Frauen verraten vorkommen und aufhören, um Hilfe zu bitten.

Auch gegen die vielen Fälle von Inzest, denen Jim Cooper mit seinem Team auf der Spur ist, kann derzeit nichts unternommen werden.

### **3 – Minderheitenrückkehr – Teil 2**

Diesen Monat besuchten wir die Regionen Prizren, Peja und Pristina und sprachen mit den für Wiederaufbau zuständigen Personen. Die Ergebnisse unterscheiden sich von denen des letzten Berichtes, womit deutlich wird, dass man im Kosovo nicht „mit einem Maß“ messen darf.

Zur Verdeutlichung: In Prizren sieht man schon seit langem wieder Roma auf der Straße – in Pristina nicht einen einzigen.

In Pristina sprach ich an einem Tag mit 4 Serben, der Bürgermeister von Klina lehnt die Rückkehr von Serben kategorisch ab. Auch die Einwohner von Ferizaj und der sehr zerstörten Region Peja sind gegen die Rückführung von Serben. Die albanische Bevölkerung fürchtet nach wie vor, dass die Rückkehr der serbischen Einwohner von der serbischen Polizei und Armee begleitet werden wird. Serben müssen lernen, Pristina als ihre Hauptstadt zu akzeptieren und nicht Gracanica<sup>9</sup> oder Belgrad, wollen sie ein normales Leben in Kosovo<sup>10</sup>.

Wir werden auch in diesem Bericht noch nicht weiter auf das Thema der Rückkehr der Serben eingehen, sondern uns erst auf die Rückführung der Roma, Ashkali und Ägypter (RAE) konzentrieren.

Wie schon erwähnt, sind die Regionen Peja und Klina deutlich gegen die Rückkehr von Serben. Um der internationalen Gemeinschaft jedoch nicht als völlig unkooperativ zu erscheinen, verhalten sie sich um so toleranter im Hinblick auf eine Rückkehr der RAE. Daher ist in diesen Regionen Sicherheit nicht so sehr ein Problem, als vielmehr die Unterbringung und wirtschaftliche Lage.

---

<sup>9</sup> die Enklave bei Pristina, in der der moderate Bischof Artemije und Rada Trajkovic, die Vorsitzende der serbischen Partei *Povratak*, wohnen

<sup>10</sup> *Koha Ditore*, 17.6.02

Der Chef von UNHCR Peja, Hossam Muallem,<sup>11</sup> erzählte mir, dass in der Region momentan 200 Roma leben, von denen keiner ein Haus hat. Sie leben überwiegend bei Verwandten. Bisher gab es keine Wiederaufbauhilfe für ihre Häuser. Dies liegt allerdings weniger an der mangelnden Bereitschaft der Hilfsorganisationen als vielmehr an Problemen, die Eigentumsansprüche zu klären.

Ihr Mangel an Bildung bis hin zum Analphabetentum führt oft zur stillen Diskriminierung, wie Herr Muallem sich ausdrückt. Besitztum wird ihnen vorenthalten, wogegen sie sich nicht wehren können.

Viele Kinder sieht man bettelnd auf der Straße. Vor dem Krieg waren die RAE die „Herren der Märkte“. Diese sind jetzt von Albanern übernommen worden, die bei der allgemein schlechten wirtschaftlichen Situation nicht bereit sind, sie wieder abzutreten.

In einem vorigen Bericht beklagte ich, dass so wenige RAE, trotz der offiziellen Quotenregelung von UNMIK, im öffentlichen Dienst oder bei der internationalen Gemeinschaft beschäftigt seien. Auch dies liegt einfach daran, dass der Großteil dieser Gruppe nicht einmal lesen und schreiben kann.

Herr Muallem sieht jedoch die größte Gefahr in der sehr langsam vorstatten gehenden Klärung der Besitzansprüche. Wenn diese sich weiter so hinzieht, werden viele RAE-Angehörige einfach die Wiederaufbauhilfe verpassen, die sehr bald auslaufen wird. Allein in diesem Jahr stehen UNMIK nur noch die Hälfte der finanziellen Mittel des letzten Jahres zu.

Bill Foxton und Jens Hasse vom Arbeiter-Samariter-Bund (ASB)<sup>12</sup> scheinen diese Probleme nicht zu haben. Sie arbeiten im Auftrag der EAR (European Agency of Reconstruction) in Klina, Rahovec und Malishevo. In Klina haben die albanischen Behörden ihre politische Richtlinie modifiziert. ‚Bedürftigkeit vor Minderheiten‘ ist ihr Motto und das beinhaltet in erster Linie Albaner. Die Sicherheit der RAE scheint gewährleistet, doch ein Roma, der in Klina ein zerstörtes Haus besitzt, wird von der albanischen Bevölkerung dort als Kollaborateur angesehen und wird nicht zurückkehren können. Er wohnt jetzt bei Verwandten in Malishevo. ASB kann ihm natürlich kein neues Haus aufbauen, so wird er wohl sein altes Haus vergessen müssen.

Was ASB beunruhigt, ist die Tatsache, dass die Begünstigtenlisten für den Wiederaufbau dieses Jahres demnächst abgeschlossen sein müssen. Wer später kommt, wird bis nächstes Jahr warten müssen.

---

<sup>11</sup> Interview am 28.6.02

Eine andere Organisation, die für die EAR wiederaufbaut, ist die *European Perspective (EP)*<sup>13</sup>. Diese griechische NGO arbeitet in Pristina, Podujevo und Obilic. Ihre Probleme sind wieder anderer Natur. Obwohl laut Herrn Hasse von ASB die Begünstigtenlisten abgeschlossen sein müssen, ist EP weit davon entfernt. Denn gerade Pristina und Obilic (dort befindet sich das Romalager Plementina) sind nicht gerade „RAE-freundlich“. EP findet einfach keine „Kandidaten“. Zwar wollen RAE-Mitglieder ihre Häuser wieder aufgebaut haben, aber sie wollen nicht dort wohnen. Dies aber ist laut EAR-Regelungen nicht zulässig. Ein wiederaufgebautes Haus darf erst nach 7 Jahren vermietet oder verkauft werden.

Und auch in diesen Orten stellt sich die albanische Mehrheit der Rückkehr einiger RAE entgegen.

Aus all diesen Aussagen lässt sich schließen, dass die Probleme der Minderheitenrückkehr vielfältig und vor allem regions- und individuumabhängig sind.

Nur in einem waren sich alle einig: eine Massenrückkehr würde alle Bemühungen und Erfolge wieder zunichte machen.

Pristina, 9. Juli 2002

Christina Kaiser

---

<sup>12</sup> Gespräch am 4.7.02

<sup>13</sup> Gespräch am 27.6.02